

# Bericht von den Verhandlungen



**Dies ist ein Bericht über die aktuellen Reformpläne des Bildungsministeriums.**

**Von Juli 2023 bis Februar 2024 fanden 8 Verhandlungsrunden mit Gewerkschaft GPA, Arbeiterkammer und Betriebsräten statt.**

**Das Ministerium hat mündlich zugesichert, seine weitere Verfolgung der Reformpläne von der Zustimmung der Gewerkschaft abhängig zu machen.**

**Daher findet in der Bildung im Mittelpunkt GmbH, als größter betroffener Betrieb und Arbeitgeber von Freizeitpädagog:innen, eine vom Betriebsrat und Aktions- & Streikkomitee organisierte Urabstimmung über die Zustimmung oder Ablehnung der aktuellen Reformpläne statt.**

# Bericht von den Verhandlungen

## 1) Ausbildung:

- ✓ für alle zukünftigen FZP verlängert: 60 ETCS als Block + 30 ETCS berufsbegleitend.
- ✓ Matura soll keine Voraussetzung sein
- ? -> Unklar, ob und wie die PHs genug Ressourcen für die Umsetzung bekommen



## 2) Freizeitpädagogische Arbeit:

- ✓ die Freizeitpädagogik ist als eigenständige Profession beschrieben.
- ? -> Unklar, ob mit neuer „Ergänzungsübung“ die Lernstunden alleine von FZP gemacht werden müssen!
- ? -> Unklar, wie sich diese Mischform von Freizeit und Lehren auf die freizeitpädagogische Arbeit auswirkt

### 3) Antwort des Ministeriums auf Gruppengrößen, Personal, Räume:

**X** der „Personaleinsatz muss flexibel bleiben“, deshalb keine Begrenzung nach oben

**X** zusätzliches Personal (Integration, Pflege, ...) ist in der Postenberechnung nicht extra ausgewiesen – braucht ein Bundesland mehr, muss es extra zahlen

**X** Für die räumlichen Bedingungen in den Pflichtschulen „sind die Bundesländer zuständig“



### 4) Antwort des Ministeriums auf Jobgarantie & Gehaltsgarantie:

**X** Für den Betriebsübergang (von „alt“ auf „neu“) sind die Bundesländer (für die BiM also Land Wien) zuständig

**X** Nichts schriftliches und somit keine Sicherheit, übernommen zu werden, das gleiche Gehalt zu bekommen, den Standort zu behalten, ...

## 5) ) Antwort des Ministeriums auf Gehalt & Arbeitszeit

- ✓ Die Gehaltstafeln ähnlich wie Kollektivvertrag
- ✓ wer 40 Jahre durchhält: höhere Lebensverdienstsumme
- ✓ zusätzliche Pensionskassenregelung des öffentlichen Diensts
  
- ✗ Ministerium wollte gar keine SEG-Zulage, neues Angebot: 70.- /Monat für Sonderpädagogik (bei Vollzeit)
- ✓ 2 Wochen Sommerschule nicht mehr wie ursprünglich geplant verpflichtend,
- ✓ Ferien sind „unterrichtsfreie Zeit“ ohne Betreuung (sie werden unterm Jahr durch die 41-Stunden-Woche ohne Zuschlag 1:1 eingearbeitet)
  
- ✗ Vollzeit jetzt: 37h/Woche → Ministerium will 41 h/Woche





## 6) Betreuungsstunden/Woche:

- X** Bei Vollzeit jetzt: 31 bzw. 28 Betreuungsstunden → Ministerium will **32 Betreuungsstunden**
- X** Bei Teilzeit jetzt: 26 Betreuungsstunden → Ministerium will **27,7 Betreuungsstunden** (für das gleiche Gehalt)  
Ministerium behauptet: eine Stunde hat nur 50 Minuten, die Pause „ist keine pädagogische Arbeit“
- X** Direktion kann freie VB am STO verlangen (Konferenzen, Teamstunden, ...), Löcher im Dienstzeitplan möglich
- X** für alle unter **37 Stunden** und **SPF-Pädagog:innen** steigt dadurch der Anteil an **Betreuungsstunden massiv!**



- Freizeitpädagogik als Kernaufgabe → keine Assistenzpädagogik
- Spezialaufgaben (zb. Legasthenietraining) → nur für jene mit spezifischer Ausbildung
- Ausbildung soll verlängert und verbessert werden
- Keine verpflichtende Ferienbetreuung, Ferien als unterrichtsfreie Zeit (für Vorbereitung, Fortbildung, Urlaub)



- viel mehr Wochenarbeitszeit unterm Schuljahr → Ferien müssen so eingearbeitet werden
- viel mehr Betreuungsstunden für Teilzeitbeschäftigte und für SPF-Pädagog:innen
- Integration kommt in Personalberechnung nicht vor
- Ministerium beantwortet keine Fragen zu Betriebsübergang und schiebt Verantwortung ab

# Bericht von den Verhandlungen

## 7) viele Teilbereiche unklar / dutzende Fragen offen

Anstellungen oftmals befristet? – Ja, ist jedenfalls derzeit bei Lehrer:innen so

Keine Altersteilzeit mehr möglich? – laut Auskunft der Gewerkschaft

Gratis Mehrstunden bzw. ohne Zuschlag? – laut Vorschlag des Ministeriums

Kein Resturlaub mehr (bei Krankheit/Kur im Sommer) – so wie bei Lehrer:innen

Weniger Fortbildung bzw. Fortbildung in der Vorbereitungszeit – so wie bei Lehrer:innen

Welche Macht haben Direktor:innen? – sie sind dann Dienst- und Fachaufsicht in einem

Was wird mit den Teamleitungen? – Dazu gab es keine Antwort

Umstellung ab wann? – Es obliegt dem jeweiligen Bundesland, ob und wann die Reform umgesetzt werden soll.

Wie viele Vordienstzeiten? – so wie bei Lehrer:innen (angeblich 12 Jahre facheinschlägig)

***Viele Fragen sind ungeklärt, weil das Bundesministerium sie entweder nicht beantwortet hat bzw. die Zuständigkeit an die Bundesländern abschiebt.***



# Fragen aus dem BV-Chat

- Habt ihr kein Protokoll bekommen? **Nein.**
- Kann es passieren, dass man Frühdienst (07:15-08:00) übernimmt und dann ein "Zeitloch" bis zB 11Uhr hat? **Ja.**
- Wir wollen auch die Gehaltstabellen sehen! **Die aktuelle hat das Ministerium noch nicht übermittelt.**
- Was ist mit unseren Assistent:innen der Freizeitpädagogik? **Das ist eine Frage des Betriebsübergangs, die das Ministerium nicht besprechen wollte.**
- Info Kündigungsschutz? **Dieser wäre im öffentlichen Dienst besser als jetzt.**
- Wie geht es jetzt weiter? Wann gibt's Aktionen? **Die Petition wird bald übergeben. Alle weiteren Termine werden im Aktions- und Streikkomitee besprochen. Sie werden ausgeschickt, sobald sie fix sind.**
- Gibt es einen Betriebsrat oder eine Personalvertretung für die Freizeitpädagoginnen? **Ja, es würde eine Personalvertretung geben.**
- Warum wird abgestimmt, ohne dass wir was schriftlich haben? **Weil wir es wichtig finden, die Position der Mitarbeiter:innen über den derzeitigen Stand der Dinge in die Gewerkschaft einzubringen und dem Ministerium zu übermitteln.**



# Die Urabstimmung (Link wird ausgeschickt)



## Abstimmung aller Beschäftigten der BiM über die Reformpläne des Ministeriums zur Zukunft der Freizeitpädagogik

**Wofür stimmst du?**

O) Ja, ich bin dafür, dass der Reform zugestimmt wird: die Reform soll so kommen.

O) Nein, ich bin dagegen, dass der Reform zugestimmt wird: die Reform soll so nicht kommen. (Wenn das Ministerium versucht, die Reform trotzdem durchzusetzen, sollen wir mit Aktionen und Streiks reagieren.)

*Der Betriebsrat wird das Ergebnis dieser Urabstimmung in die Gewerkschaft einbringen und auch dem Bundesminister übermitteln.*